Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 24 (1921-1922)

Artikel: Oberschlesien, ein neues Elsass-Lothringen?
Autor: Fernau, Hermann
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-748917

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

OBERSCHLESIEN, EIN NEUES ELSASS-LOTHRINGEN?

Wenn uns die zweite Tagung des Völkerbundes in Genf auch einige erfreuliche Ereignisse gebracht hat (Bildung des internationalen Schiedsgerichts, Wahl der Völkerbundsrichter, Rede des französischen Delegierten Noblemaire), so hat der Rat durch seinen Schiedsspruch über Oberschlesien leider *nicht* der Völkerversöhnung und dem Frieden gedient. Denn dieser Schiedspruch wurde nicht von der Majestät des demokratischen Völkerrechts, sondern von Interessen und Gefühlen diktiert, an denen sich von jeher nationale Leidenschaften entzündet haben und immer wieder entzünden werden.

Die Leser kennen die Vorgeschichte dieses Schiedspruchs: Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und der Wiedererrichtung Polens verlangten die Polen von der Friedenskonferenz die Zuteilung des preußischen Regierungsbezirks Oberschlesien mit der Behauptung, dieses Land besitze eine polnische Volksmehrheit und ersehne die Rückkehr zum gemeinsamen Vaterland. Als man in Deutschland erfuhr, dass der Oberste Rat diesem Verlangen wohlwollend gegenüberstand, brach eine so lebhafte Protestbewegung aus, dass man sich in Paris entschloss, das Schicksal Oberschlesiens von einem Volksentscheid abhängig zu machen (Artikel 88 des Versailler Vertrags). Die Polen versuchten, diesem Beschluss durch eine gewaltsame Besitzergreifung vorzugreifen (Putsch im Sommer 1919). Dieser Versuch scheiterte. Die vom Friedensvertrag vorgesehene Volksabstimmung fand am 20. März 1920 statt und ergab, auf das ganze Abstimmungsgebiet berechnet, eine Mehrheit von zweiundsechzig vom Hundert *für* Deutschland. Nur zwei Kreise des südöstlichsten Zipfels, Pless und Rybnik, hatten mit ungefähr Zweidrittelmehrheit für Polen gestimmt. Nach Bekanntwerden dieses Resultats versuchten die Polen abermals, den Entscheidungen des Obersten Rates zuvorzukommen und das Land, auf das sie trotz der Abstimmungsergebnisse ein Recht zu haben glaubten, militärisch zu besetzen. Die interalliierte Überwachungskommission hatte um so größere Mühe, dieser Bewegung (der auch Ententesoldaten zum Opfer fielen) Herr zu werden, als deutsche

Abenteurer nach Art der Ehrhardt und Lüttwitz auf eigene Faust einen Gegenfeldzug begonnen hatten.

Hatte die Volksabstimmung vom 20. März, als Ganzes betrachtet, eine Mehrheit für Deutschland ergeben, so bot sie den Polen immerhin eine Handhabe, just jene Gegenden, die den Hauptreichtum des Landes, nämlich Kohlen- und Erzgruben, beherbergen, für sich zu reklamieren. In diesem Kohlen- und Industriegebiet hatten in der Tat die Städte (Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte, Zabrze, Tarnowitz, Lublinitz usw.) mit großen Mehrheiten für Deutschland, das flache Land dagegen geschlossen für Polen gestimmt.

Die demokratische Anwendung demokratischer Grundsätze hätte einfach die Zuteilung der beiden Kreise Pless und Rybnik an Polen und die Belassung des übrigen Gebietes bei Deutschland ergeben müssen. Da aber die Polen erklärten, das Industriegebiet sei integraler Bestandteil ihrer Nationaleinheit, und da sie in Paris mächtige Freunde besitzen, so sah sich der Völkerbundrat vor die Frage gestellt: Sollen wir die Sitze der schaffenden Intelligenz des Landes, nämlich die deutschen Städte, dem Landvolk ausliefern, d. h. den Industriebezirk an eine rückständige, klerikale Polenminderheit ausliefern? Oder sollen wir nicht vielmehr unter Wahrung der Rechte der polnischen Minderheit den Industriebezirk bei Deutschland lassen, sintemalen er doch mehrheitlich für Deutschland gestimmt hat?

Da man die Stellung der Frage *überhaupt* erlaubt hatte, konnte man sie, ohne eine grobe Ungerechtigkeit zu begehen, weder in dem einen noch in dem anderen Sinne beantworten. Blieb als Ausweg nur ein Kompromiss. Der Völkerbundrat glaubte vielleicht im Geiste des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu handeln, wenn er das Abstimmungsverhältnis von 62 zu 38 sozusagen mathematisch genau auf die oberschlesische Landkarte projizierte. In Wahrheit aber ist die von ihm gezogene Grenze von den Anschauungen und Methoden der *alten* Diplomatenschule inspiriert worden. Denn wenn man den Polen außer Pless und Rybnik auch noch den wertvollsten Teil des Industriebezirks gegeben hat, der überwiegend deutsch ist, dann deshalb, weil man noch immer von der *Furcht vor Deutschland* beherrscht war. Um zu verhindern, dass Deutschland aus Oberschlesien ein geheimes Arsenal für den Revanchekrieg mache, zerschnitt man, allen Abstimmungsergebnissen

und Wirtschaftszusammenhängen zum Trotz, das Industriegeb zugunsten Polens in zwei Teile.

Nun sind aber selbst chinesische und brasilianische Sachverständige so gut über Polens Allgemeinkultur unterrichtet, dass sie gleichzeitig mit diesem politischen Geschenk den Polen ein wirtschaftliches Armutszeugnis ausstellten. Das heißt, sie zogen zwar eine neue politische Grenze mitten durch das Industriegebiet, aber sie schlugen gleichzeitig vor, diese so entstandene deutsche und polnische Hälfte wieder in eine Wirtschaftseinheit unter internationaler Kontrolle zusammenzufassen. Das politisch an Polen abzutretende Gebiet soll die deutsche Währung, die Sozialgesetzgebung usw. behalten und vorläufig von Deutschland technisch und industriell weiter verwaltet und ausgebaut werden.[1])

Man fühlt als Deutscher so etwas wie Galgenhumor, wenn man sich im Spiegel dieses Diplomatenurteils betrachtet: Politisch sind wir erstens noch immer so gefährlich, dass Polen als Schildwache gegen deutsche Revanchegelüste mit immer neuen Waffen versehen werden muss, und zweitens so rechtlos, dass man uns selbst in Ländern mit deutscher Mehrheit fremder Oberhoheit unterstellen darf. Wirtschaftlich und technich aber sind wir so tüchtig, dass man uns nicht entbehren kann. Da die Polen mit diesem Industriestaat allerhand technische Anlagen, chemische Laboratorien, elektrische Apparate und komplizierte Maschinen erhalten, die sie

---

[1]) Es ist richtig, dass der wirtschaftliche Teil des Genfer Schiedsspruchs (im eigensten Interesse der Alliierten, d. h. der Erfüllbarkeit des Versailler Vertrags) große Rücksichten auf Deutschlands künftige Zahlungsfähigkeit nimmt. Und doch ist just die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den abgetrennten Gebieten ein *schwerer Schlag* für das ohnehin schon zusammenbrechende Gebäude des deutschen Kredits. Denn wenn man die deutsche Mark in einem Lande kursieren lässt, das *keine Steuern* an Deutschland zahlt, dafür aber enorme Bedürfnisse an deutschen Zahlungsmitteln für Rohstoffeinkauf, Lohnzahlungen usw. hat, so erhöht man den deutschen Notenbedarf bei gleichzeitiger Verringerung der deutschen Deckungsmöglichkeiten, provoziert also ein neues *Anwachsen* der deutschen Inflation, d. h. eine *neue* Entwertung des deutschen Geldes. — Man stelle sich vor, Savoyen würde die Schweizer Währung einführen, seine Bewohner aber würden wie bisher ihre Steuern an Frankreich zahlen. Das würde sofort eine Vermehrung der Schweizer Noten, also eine Entwertung der Schweizer Währung zur Folge haben.

Im vorliegenden Falle ist die Beibehaltung deutscher Zahlungsmittel in einem *fiskalisch* zu Polen gehörenden Land eine Maßnahme, die *eine Gesundung des deutschen Valutaelends* noch *unmöglicher* als bisher macht.

zwar zu begehren, aber nicht zu *bedienen* gelernt haben, so möchte man uns gern als Erzieher und Sachwalter Polens behalten. Selbst die Freunde Polens wissen, dass das wertvolle Industriegebiet gar bald auf den Jammerzustand des übrigen Polens heruntergewirtschaftet sein würde, wenn es nicht gelingt, deutsche Sachkenntnis und Arbeit im Lande zu behalten. — Wie man sieht, steckt in dieser „Lösung" ein Diplomatenkompliment, das uns unter anderen Umständen vielleicht gefreut hätte. Hier aber berührt es uns peinlich, weil die Herren im Namen des Völkerrechts und der Gerechtigkeit sprechen.

* * *

Ich will hier gar nicht auf die wirtschaftlichen Folgeerscheinungen dieses sonderbaren Schiedspruchs eingehen. Nur nebenher verweise ich auf die katastrophale Baisse der deutschen Mark, unter der Frankreich vielleicht noch mehr zu leiden haben wird als Deutschland selbst. Hier möchte ich nur noch kurz die *politischen* Auswirkungen dieses Völkerbundentscheides beleuchten.

Was zunächst Deutschland anbetrifft, so sind sich vom Reichskanzler bis zur letzten Kuhmagd alle Deutschen darin einig, dass hier ein grobes Unrecht an Deutschland begangen wurde. Denn *alles,* was Oberschlesien besitzt, ist durch *deutsche* Arbeit und Intelligenz geschaffen worden. Seit 1163, also seit mehr als 700 Jahren, hat Oberschlesien nicht mehr zu Polen gehört. Keine historische Tradition, keine geistige oder soziale Verwandtschaft verbindet Oberschlesien mit Polen. Dies ist so wenig der Fall, dass sich die Oberschlesier im Jahre 1848 gelegentlich des antipreußischen Polenputsches in der Provinz Posen als neutral erklärten. Allerdings hat Preußen schwer an Oberschlesien gesündigt; denn unter Bismarck zwang es dem Lande seine antiklerikale Beamtenschaft und unter Wilhelm II. seine brutale Ostmarkenpolitik auf. Wenn heut starke Minderheiten in Oberschlesien für Polen gestimmt haben, so taten sie es in Erinnerung an diese Bedrückungspolitik, das heißt mehr aus *religiösen,* denn aus nationalen Gründen. — Das polnische Argument der Sprachengemeinschaft ist auf Oberschlesien ebensowenig anwendbar, wie auf Elsaß-Lothringen. Denn die Mehrheit der Oberschlesier spricht einen Dialekt, der sich zum reinen Polnisch ungefähr wie Schweizerdeutsch zum Hochdeutsch

verhält. Bis zum Jahre 1918 haben die Nationalpolen immer mit Geringschätzung von den Oberschlesiern gesprochen; ihre Sprache war ihnen ein Greuel, und ihre Gleichgültigkeit gegen die irredentistischen Bestrebungen Korfantys ein Beweis für Minderwertigkeit. Erst nach dem Zusammenbruch Deutschlands entdeckten sie, dass Oberschlesien ein rassereines Polenkind sei, das Preußen der polnischen Mutter grausam vorenthalte.

Wenn man heut den reichsten Teil dieses von Deutschland zur Blüte gebrachten und von einer deutschen Mehrheit bewohnten Landes an Polen gibt, dann *fühlt ganz Deutschland* das als Landraub und als *Zerreißung seiner nationalen Einheit.* Bleibt es bei diesem Völkerbundentscheid, dann muss zwischen Deutschland und Polen ein ähnliches Verhältnis entstehen, wie nach 1871 zwischen Frankreich und Deutschland. Deutschland wird niemals *freiwillig* auf diese Gebiete verzichten. Es wird sie, der Gewalt weichend, unter Protest abtreten, aber es wird alle Hebel in Bewegung setzen, sie wieder zurückzugewinnen.

Mit Recht oder Unrecht sieht die öffentliche Meinung in Deutschland hinter diesem Genfer Spruch ein Diktat Frankreichs. Es wird unter diesen Umständen unmöglich sein, jene deutsch-französische Verständigungsarbeit fortzuführen, die in letzter Zeit einige erfreuliche Fortschritte gemacht hatte (Wiesbadener Abkommen, Noblemaires Rede, Eberts Zusammenkunft mit dem französischen General, der die Räumungsarbeiten in Oppau leitete usw.). Da hatten wir nun endlich einen richtigen Republikaner ans Steuer der deutschen Republik gestellt. Selbst das misstrauische Frankreich anerkannte in Dr. Wirth einen ehrlichen Mann, der die Bedingungen des Londoner Ultimatums loyal erfüllt hat. Man zeigte sich in den Ententeländern erfreut, dass die Protestbewegung gegen den Mord Erzbergers den Charakter einer gewaltigen Volkskundgebung zugunsten der Republik angenommen hatte; selbst der *Temps* sprach bereits von der dringend notwendigen Verständigung mit einem wirklich demokratischen Deutschland.

Aber Wirth hin und Verständigung her: Die Freundschaft Polens ist offenbar wichtiger als der Erfüllungswille Deutschlands und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn uns auch die Polen schon manche böse Suppe eingebrockt haben (Teschen, Wilna, Ukraine, Ostgalizien usw.), wenn sie auch einen territorialen

Heißhunger entwickeln, der ganz Osteuropa beunruhigt und sie nicht zum Wiederaufbau ihrer Wirtschaft kommen lässt; wir unterstützen lieber dieses in jedem Sinne unfähige Polen, als dass wir der deutschen Demokratie jene Unterstützung gewährten, die nun einmal die Voraussetzung für eine deutsch-französische Verständigung, d. h. die Voraussetzung für Erfüllung des Versailler Vertrags und für einen dauerhaften Frieden ist. Lieber einen deutschen Bankrott (mag er auch die Reparationsmilliarden in Frage stellen) als einen deutschen Wiederaufbau, der möglicherweise aus den militärisch Besiegten von heut die wirtschaftlichen Sieger von morgen macht.

Solche und ähnliche Gedankengänge kann man häufig in der Pariser Presse lesen. Man fühlt in Frankreich sehr genau, dass *die Genfer Entscheidung der deutschen Demokratie einen schweren Schlag* versetzt hat. Aber man tröstet sich mit der Gewissheit, dass Deutschland *trotzdem* den Vertrag erfüllen werde. Das ist relativ richtig. Denn ob die Regierung Wirth bleibt oder geht: Deutschland hat vorläufig keinen anderen Weg, als auch weiterhin die Erfüllung des Versailler Vertrags zu versuchen. „Aber", so schreibt die *Frankfurter Zeitung* sehr richtig, „wir werden in diesem Versuch fortfahren mit *anderen* Gefühlen als bisher, mit weniger Hoffnung, mit mehr Erbitterung, mit härterer Kälte." Wozu noch bemerkt werden muss, dass der Verlust des oberschlesischen Industriegebiets den Wert der deutschen Mark schon heut auf ein Niveau hinabgedrückt hat, wo man für den Ankauf einer Milliarde Goldmark dreimal soviel Papiermark braucht, als noch vor zwei Monaten. Wie wir unter sotanen Verhältnissen die Londoner Verpflichtungen pünktlich erfüllen sollen und welche neuen „Sanktionen" ergriffen werden müssen, um uns dennoch zur Zahlung zu zwingen, das werden uns vielleicht jene sagen, die mit chinesischer und brasilianischer Staatsweisheit unser armes Europa in immer neue Kalamitäten werfen.

Ein neues Elsaß-Lothringen im europäischen Osten, eine neue Welle von Hass und Verzweiflung in Deutschland, eine neue Markbaisse, die das ohnehin schon kranke Wirtschaftsleben Europas bis zum Fieber steigern muss, stiller Jubel der deutschen Reaktion über den eklatanten Misserfolg Wirths, kurz und gut: neue Konflikte, neuer Hass, neue Verschärfung aller nationalen und wirt-

schaftlichen Gegensätze, Niedergang und Hoffnungslosigkeit auf der ganzen Linie: Das sind die vorläufigen Ergebnisse einer Politik, die lieber auf die Segnungen einer Völkerverständigung als auf Polens Freundschaft verzichtet.

BERLIN HERMANN FERNAU

□ □ □

HANS REINHARTS GESAMMELTE DICHTUNGEN

Kürzlich erschienen im Rotapfel-Verlag Erlenbach-Zürich die beiden ersten Bände der *Gesammelten Dichtungen Hans Reinharts*. Zwei weitere Bände, welche die Mythen und Mären, sowie die Dramen aus Andersens Märchenwelt umfassen, werden bis Frühjahr die vierbändige Ausgabe komplettieren. Wir entnehmen dem ersten Bande (Gesammelte Gedichte 1900 bis 1920) die folgenden drei Proben, die vom Winter auf den Frühling 1903/04 in einem alten, ausgehobenen Kloster zu Paris entstanden, wo der Dichter sich mit seinem Schulfreunde, dem Maler Karl Montag, eingemietet hatte. Auch das den zweiten Band beschließende, teilweise autobiographisch gehaltene Prosa-Fragment „Daglar oder die Wanderung im Traume", das wir wegen Raummangel hier nicht bringen können, hat denselben Aufenthaltsort zum Schauplatz.

MORGENSONNE

Nun darf sich Sorg' und Sehnsucht endlich neigen.
Im Klostergarten grünt und blüht der Mai.
Die Vöglein singen schon in allen Zweigen,
Und weiche Träume ziehen still vorbei.

Herein! Herein! Dort auf dem Wandregale
Glüht junger Tag! — O frische Morgenluft!
Und hier die Blumen in der grünen Schale!
Verschwiegne Liebe! Wundersamer Duft!

Hinaus! Hinaus! Zu atmen und zu schauen!
Wie fröhlich lacht der goldne Sonnenschein!
Lass dich aufs neu der Erde anvertrauen
Und freue dich: ein neuer Mensch zu sein!